

Die St.-Elisabeth-Stiftung kämpft um gambische Azubis

Zwei Lehrpflegekräfte im Waldseer „Wohnpark am Schloss“ haben Angst, abgeschoben zu werden

Von Karin Kiesel

BAD WALDSEE - In Deutschland herrscht Pflegenotstand, Fachkräfte werden händierend gesucht, Minister Jens Spahn will 13 000 neue Stellen schaffen. Die St.-Elisabeth-Stiftung hat zwei engagierte Pflegekräfte gefunden: Lamin Cessay und Dembo Sima, beide aus Gambia. Doch nun befürchten die beiden jungen Männer, abgeschoben zu werden. Heimleitung, Kollegen und Bewohner des Seniorenpflegeheims „Wohnpark am Schloss“ sowie Flüchtlingshelfer sind besorgt und kämpfen für die Schwarzafrikaner.

„Sie sind so lieb zu uns, pünktlich und fleißig“, sagen Gertrud Jäckle und Gertrud Komarek, zwei Bewohnerinnen des Pflegeheims. Dass die Chemie zwischen den beiden älteren Damen und den zwei Männern aus Gambia stimmt, ist offensichtlich. „Immer, wenn er mich sieht, bekomme ich von ihm ein Ale“, schwärmt die 90-jährige Gertrud Jäckle während eines Pressegesprächs von dem 32-jährigen Lamin Cessay. Beim Sprechen streicht sie mit ihrer Hand über ihre Wange, um zu zeigen, was mit dem schwäbischen Begriff „Ale“ gemeint ist. Auch über den 30-jährigen Dembo Sima sagt sie nur lobende Worte. Und wenn der Gambier der 90-Jährigen in ihre Jacke hilft, sieht das ganz nach liebevoller Zuwendung aus. In dieser wertschätzenden Harmonie strahlt die Seniorin eine stolze Würde aus, die ihren Rollator und ihre Hilfsbedürftigkeit fast vergessen macht. „Wenn irgendwas ist, muss man nur Dembo rufen, und alles wird gut“, sagt sie dankbar.

„So viel Leidenschaft“

Dass den beiden Schwarzafrikanern, die bereits seit vier Jahren in Oberschwaben leben, nun ihr Asylantrag abgelehnt wurde, bezeichnen die Seniorinnen als „schrecklich“. Die 77-jährige Gertrud Komarek, die im Seniorenheim das „Wohnen mit Service“ in Anspruch nimmt, schüttelt den Kopf: „Die beiden sind mit so viel Leidenschaft in der Pflege. Das ist nicht selbstverständlich.“



Ein Herz und eine Seele: Gertrud Komarek (links), Gertrud Jäckle und ihre gambischen Betreuer Lamin Cessay und Dembo Sima (rechts).

FOTO: KARIN KIESEL

Heidi Schreiber, die Leiterin des „Wohnparks“, versteht die Welt nicht mehr. „Es ist aus menschlicher und unternehmerischer Sicht ein Skandal.“ Da die zwei Westafrikaner nach vorangegangenen Praktika seit 2017 und 2018 eine Ausbildung als Pflegehelfer und als Alltagsbegleiter machen und ihr eigenes Geld verdienen, sei eine mögliche „Abschiebung unverständlich“.

Schreibers Angaben zufolge leisten die beiden „sehr gute Arbeit“. So habe beispielsweise eine ehemalige Schwerstpflegepatientin die Nah-

rung verweigert und sich ausschließlich von Cessay das Essen geben lassen. Viele Einheimische könnten sich im Umgang mit älteren Menschen „eine Scheibe von den beiden abschneiden“. So sei vor allem „ihre Wertschätzung gegenüber Senioren eine ganz andere, als wir es in unserem Land gewohnt sind“. Schreiber beklagt in diesem Zusammenhang den aktuellen Pflegenotstand im Land. „Wir brauchen die beiden.“ Außerdem habe die St.-Elisabeth-Stiftung in die Ausbildung der Gambier investiert.

Peter Wittmann, Vorsitzender der Stiftung, fordert daher von der Politik schnelle Regelungen und Einzelentscheidungen. „Das Asyl- und Einwanderungsgesetz sind nicht aufeinander abgestimmt.“ Das Sorge für einen Graubereich. Es gehe dabei aber nicht um anonyme Fälle, sondern um einzelne Menschen und deren Schicksale. „Zudem gehen durch die Abstimmungsproblematik Jahre verloren. Gleichzeitig gibt es den politischen Aufruf, Integration zu leben und zu ermöglichen.“ Im Fall der zwei Gambier gebe es auf allen Seiten nur „Verlierer“. Überdies wachse wegen der Asylpolitik auch der Frust bei den ehrenamtlichen Flüchtlingshelfern.

Jede Menge Unterstützer

Dass Lamin Cessay und Dembo Sima geschätzt werden, zeigt das ungewöhnlich große Aufgebot beim Pressegespräch: Auch Susanne Lorinser und Thomas Stofer vom Helferkreis Asyl Bergatreute, Ulrich Bamann vom Waldseer Verein „Global“, Rosa Eisele vom Heimbeirat, die beiden Wohnpark-Kolleginnen Olga Weiss und Elli Jäger sowie Lisa Geiger vom Waldseer Helferkreis „Vielfalt“ machten sich für die beiden Geflüchteten stark. „Wir arbeiten nah zusammen. Wenn ich Lamin morgens sehe, fängt der Tag schon gut an“, berichtet etwa Tagespflegefachkraft Weiss. „Er kam als Analphabet nach Deutschland, musste lesen und schreiben lernen. Es ist eine erstaunliche Leistung, dass er die Ausbildung beginnen konnte“, ergänzt Sto-

fer. Zumal sich Cessay in seinem ersten Wohnort Bergatreute bereits gut integriert habe. „Er hat fürs halbe Dorf geschneidert.“ Die aktuellen Entwicklungen im Asylverfahren der beiden Gambier und der damit verbundene bürokratische Aufwand „machen auch die Helfer mürrisch“, sagt Stofer etwas resigniert.

Resignation und Besorgnis spiegeln sich während des Pressegesprächs auch in den Gesichtern der beiden Pflegenachwuchskräfte wider, die in Waldsee in einer Wohngemeinschaft mit zwei Syrern und einem weiteren Gambier, der eine Bäcker Ausbildung absolviert, leben. Sie berichten von schlaflosen Nächten und dass sie jeden Tag in Angst verbringen, da sie nun nicht wissen, ob und wie lange sie noch in Deutschland bleiben dürfen.

Lamin Cessay erhielt das Ablehnungsschreiben des Innenministeriums vor Weihnachten. Die Empfehlung der Härtefallkommission, an die sich Cessay mit Unterstützung der Flüchtlingshelfer gewandt hatte, blieb erfolglos. In Cessays Pass ist vermerkt, dass seine Duldung mit der Entscheidung über seinen Härtefallantrag erlischt. Dembo Sima erhielt die Ablehnung seines Asylantrags vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Nun läuft bei beiden ein Antrag auf Ausbildungsduldung (siehe Kasten) – die letzte Chance für die Gambier. Bis dahin bleiben Ungewissheit und Angst ihre täglichen Begleiter. „Wenn sie nicht mehr da sein dürfen, weine ich“, sagt Gertrud Jäckle mit feuchten Augen.

Haser: „rechtssicher nacharbeiten“

Zum Fall der beiden Gambier haben sich auch die CDU-Abgeordneten aus der Region geäußert. Der Weingartener Bundestagsabgeordnete Axel Müller sagte, es sei nicht angebracht, wegen des „Mangels an Pflegekräften in der Frage der Ausreisepflichtung beide Augen zuzudrücken“. Zuwanderungsregeln könne man sich sonst schenken. Die Vorgehensweise der Ausländerbehörden zu kritisieren, sei vergleichbar mit der Klage über die Nichtgenehmigung eines Vierfamilienhauses in einem Baugebiet, in dem nur Zweifamilienhäuser errichtet werden dürfen, weil doch Wohnungsmangel herrsche, argumentiert Müller. Der Allgäuer Landtagsabgeordnete Raimund Haser sagte, er hoffe, dass man über die Ausbildungsduldung soweit komme, „in einem neuen Einwanderungsgesetz Lösungen für Menschen wie Herrn Cessay zu finden“. Grundsätzlich gelte, dass Gesetze eingehalten werden müssten: „Illegale Einwanderung bleibt illegale Einwanderung.“ Es gelte aber auch, dass „Leistung sich lohnen und belohnt werden muss“. An dieser Schnittstelle müsse die GroKo „dringend rechtssicher nacharbeiten.“ (sz)

„Ausbildungsduldung“ als letzte Chance

Nach Angaben des Innenministeriums in Stuttgart lebt rund ein Drittel der Gambier, die in Deutschland sind, hier in Baden-Württemberg. Aktuell sind das 2600 geduldete Menschen, bei 5300 läuft das Asylverfahren noch. Die Anerkennungquote liegt nur bei vier Prozent. Das liegt laut Pressesprecher Carsten Dehner daran, dass die Gambier zumeist aus wirtschaftlichen Gründen Asyl suchten. Wenn ein Asylverfahren und auch bereits eine entsprechende Klage abgelehnt wurden, gibt es die Möglichkeit, einen Antrag bei der Härtefallkommission des Landes zu stellen. Die Kommission spricht dann eine Empfehlung ans Innenministerium aus, das endgültig über den Fall entscheidet. Dehner zufolge wurden bis 2016 in mehr als

90 Prozent der Fälle den Kommissionsempfehlungen entsprochen – seit 2017 nur noch in 62 Prozent. Dass die Zahl der Ablehnungen steige, liegt laut Dehner auch daran, dass mittlerweile mehr Sicherheitskriterien überprüft würden, wie die Richtigkeit der Identität des Asylbewerbers. Bei der Entscheidung des Innenministeriums spiele auch eine Rolle, dass bei Rauschgiftdelikten „im Jahr 2017 von 2700 Tatverdächtigen mehr als 800 aus Gambia waren“, erläutert Dehner. Es gebe aber auch sehr viele willige und strafunauffällige Gambier, die besonders in der Pflege einen guten Job machen. Das sei dem Ministerium aufgrund vieler positiver Rückmeldungen von Unternehmen aus dem ganzen Land mittlerweile bekannt. Daher habe Innenminister

Thomas Strobl (CDU) im November angeordnet, dass auch zweijährige Helferausbildungen (etwa Alten- oder Krankenpflegehelfer) unter die Ausbildungsduldung fallen. Mit der neuen Regelung kann anschließend an die Helferlehre eine qualifizierte Berufsausbildung als Pfleger begonnen werden. Ansprechpartner für Ausbildungsduldungen ist die Ausländerbehörde vor Ort, für Bad Waldsee also das Ravensburger Landratsamt. Das Amt prüft den Antrag auf Vollständigkeit und leitet ihn zur Entscheidung ans Regierungspräsidium Karlsruhe weiter. Eine Duldung bedeutet die Aussetzung der Abschiebung und kommt folglich nur für bereits abgelehnte (also ausreisepflichtige) Asylbewerber in Frage. (kik)

Bundesregierung will Zahl der Pflege-Auszubildenden um zehn Prozent steigern

Die zuständigen Minister präsentieren die Initiative „Konzertierte Aktion Pflege“ – 5000 Plätze für Weiterbildung sollen geschaffen werden

Von Helena Golz

BERLIN - Es ist eine körperlich und psychisch anstrengende Arbeit, die nicht gut bezahlt ist und oftmals auch noch unter Zeitdruck ausgeübt werden muss: Pflegekraft wollen nur wenige Menschen werden. Rund 40 000 Stellen sind derzeit unbesetzt. Die Initiative „Konzertierte Aktion Pflege“, die Gesundheits-, Familien-, Arbeitsministerium und 40 Partner im vergangenen Sommer ins Leben gerufen hatten, will das ändern. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU), Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) und Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) unterzeichneten am Montag in Berlin eine Vereinbarung. Die Zahl der Azubis soll in den nächsten vier Jahren um zehn Prozent erhöht und 5000 Plätze für die Weiterbildung geschaffen werden.

„Wir wollen, dass Eltern ihre Kinder wieder guten Gewissens unter-

stützen, wenn sie sagen, dass sie in der Altenpflege tätig sein wollen“, sagte Gesundheitsminister Spahn. „Ohne gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne steuern wir auf eine Kri-

sensituation zu“, warnte Arbeitsminister Heil. Und Familienministerin Giffey nannte die Zahlen: Momentan seien rund 3,3 Millionen Menschen pflegebedürftig. Dem gegenüber

stünden rund zwei Millionen Menschen, die in der Pflege arbeiteten. Und die Schere gehe weiter auseinander. „Wir rechnen im Jahr 2030 mit rund vier Millionen pflegebedürftigen Menschen“, sagte Giffey.

Informationsveranstaltungen in den Altenpflegeheimen sind mau besucht, kaum jemand interessiert sich für den Pflegeberuf. Seit Jahren stagniert die Zahl der Pflege-Azubis. Sie liegt laut Giffey bei rund 68 000 – bei Weitem nicht genug angesichts der Prognosen.

Die „Ausbildungsoffensive Pflege“ will Abhilfe schaffen. Sie sieht vor, die Zahl der Auszubildenden bis zum Jahr 2023 um zehn Prozent zu steigern. Auch die Zahl der Ausbildungsstellen für die Pflege soll in gleicher Höhe steigen. Um das zu erreichen, seien 111 konkrete Maßnahmen geplant. Unter anderem will das Familienministerium eine großangelegte Informations- und Öffentlichkeitskampagne finanzieren, um für

den Pflegeberuf zu werben. Es sollen auch gezieltere Berufsberatung betrieben oder attraktive Praktikumsplätze angeboten werden. Familienministerin Giffey verwies außerdem auf die bereits erfolgte Abschaffung des Schulgelds und die Einführung einer Ausbildungsvergütung, um den Beruf attraktiver zu machen.

Bessere Bezahlung ermöglichen

Gesundheitsminister Spahn versprach, dass sich auch das Gesundheitsministerium an der Ausbildungsförderung beteiligen werde. Arbeitsminister Heil teilte mit, dass mehrere Arbeitgeber aus der Wohlfahrt daran arbeiteten, einen mitgliederoffenen Arbeitgeberverband zu gründen. „Das ist notwendig, um bundesweite Tarifverträge schließen und damit letztlich auch eine bessere Bezahlung für die Pflegenden erreichen zu können“, sagte Heil.

Der Oppositionspartei Die Linke gehen die Vorschläge nicht weit ge-

nug. „Die versprochene Ausbildungs-offensive wird völlig wirkungslos bleiben, wenn sich nicht gleichzeitig die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessern“, kommentierte Pia Zimmermann, Sprecherin für Pflegepolitik. Für alle Bereiche der Pflege müssten gesetzliche Personalschlüssel festgelegt werden.

Der Sozialverband VdK forderte Klarheit über die Finanzierung der geplanten Maßnahmen. „Wichtig ist, dass die Kosten, die mit diesen Verbesserungen einhergehen, nicht den Pflegebedürftigen und ihren Familien aufgebürdet werden“, sagte VdK-Präsidentin Verena Bentele. Das Geld, um Altenpflegeberufe attraktiver zu machen, müsse aus der Pflegeversicherung und aus Steuermitteln kommen.

Die „Konzertierte Aktion Pflege“ läuft noch bis Sommer. Bis dahin wollen die Ministerien und ihre Partner weiter Ideen entwickeln, um den Pflegeberuf attraktiver zu machen.



Schreiten zur Tat: Arbeitsminister Hubertus Heil (links), Familienministerin Franziska Giffey und Gesundheitsminister Jens Spahn.

FOTO: DPA